

Intervention – in der Maßnahme

Grenzverletzendes und übergriffiges Verhalten ohne strafrechtliche Relevanz

Werden grenzverletzendes oder übergriffiges Verhalten wie diskriminierende Beleidigungen, Prügeleien, unangemessene Berührungen etc. direkt beobachtet, müssen die Verantwortlichen unmittelbar pädagogisch eingreifen. Dazu zählt bspw. das grenzverletzende Verhalten zu stoppen, das Fehlverhalten zu benennen, auf Regeln hinzuweisen und auf deren Einhaltung zu achten. Welche konkreten Maßnahmen geboten sind, ist abhängig von der jeweiligen Situation.

Besteht ein vager oder begründeter Verdacht von grenzverletzendem oder übergriffigem Verhalten ohne strafrechtliche Relevanz, muss die Situation bestmöglich bearbeitet bzw. geklärt werden. Nicht alle Verdachtsfälle können eindeutig geklärt werden, indem bspw. Betroffene das Geschehene sehr genau schildern können, die Anschuldigung glaubhaft zurückgenommen wird, Beschuldigte die Tat (umfangreich) eingestehen und dazu stehen oder ein Gerichtsurteil die Schuld feststellt. Ein Verdacht gilt als erfolgreich bearbeitet, wenn alle Maßnahmen, die sinnvoll und möglich waren, ergriffen wurden und darauf basierende Folgerungen (bspw. konzeptionelle Änderungen, Ausschluss, ...) umgesetzt sind.

Besprecht Euch im Team

Teilt eure Wahrnehmung bzw. euren Kenntnisstand. Reflektiert eure bisherigen Handlungen bzw. gewinnt gemeinsam eine erste Einschätzung der Situation und legt das weitere Vorgehen auf Basis der im Vorfeld vereinbarten Regeln fest.

Stellt Betroffene und Zeug*innen in den Mittelpunkt, nicht die Übergreifer*innen

Das Erleben der Betroffenen steht im Vordergrund – nicht die Einschätzung des Teams oder der Gruppe zum Schweregrad des Übergriffs („So schlimm war das doch gar nicht ... Der*die soll sich nicht so anstellen ...“).

- Dankt den Zeug*innen für die Meldung; lasst euch nicht in ein Geheimnis ziehen, sichert aber Schutz und Diskretion zu. Besprecht das weitere Vorgehen auf der Basis der im Vorfeld getroffenen Regelungen.
- Sprecht den*die Betroffene*n an und klärt, ob und er*sie Unterstützung oder Hilfe benötigt, ein Gespräch mit den Eltern wünscht und ob er*sie weiterhin in der Maßnahme bleiben möchte. Erörtert mit ihr*ihm das weitere Vorgehen.
- Zuhören ist wichtig: Betroffene nicht ausfragen oder bedrängen.
- Das Team/die Trägerverantwortlichen müssen sicherstellen, dass der*die Betroffene sowie etwaige Zeug*innen Schutz erfahren.

Sprecht die beschuldigte Person an (Ausnahme: auf keinem Fall Ansprache, wenn ein vager Verdacht auf strafrechtliche Handlung besteht s.u.)

Handelt nach den Regeln und den Konsequenzen, die im Vorfeld vereinbart wurden. (ggf. Hausverbot aussprechen)

Gebt keine konkreten Informationen zu Details des Übergriffs in die Gruppe

Detailschilderungen stellen den*die Betroffene erneut bloß und sind beschämend. Informationen sollen nur allgemeine und für die Gruppe notwendige Hinweise enthalten. Es kann sinnvoll sein, die im Vorfeld formulierten Regeln und Konsequenzen bei Nichteinhaltung nochmals klar zu benennen und auf die Beschwerdemöglichkeiten bei erneuten Übertretungen hinzuweisen.

Achtet auf Pseudokooperation des Übergreifers*der Übergreiferin

Stellt sicher, dass grenzverletzendes Verhalten tatsächlich abgestellt wird und weist auf den Beschwerdeweg hin, um etwaige Wiederholungen schnell aufzudecken.

Klärt inwiefern Eltern/Erziehungsberechtigte zu informieren sind

Achtet sorgsam auf die Unterscheidung zwischen vermutetem, erhärtetem oder erwiesenem Verdacht. Die Fürsorgepflicht gilt auch gegenüber dem*der beschuldigten Teilnehmer*in. Achtet die (Daten-)Schutzrechte aller Beteiligten: Betroffene, Beschuldigte, Zeug*innen.

Dokumentiert den Vorgang

Alle Fälle vermuteter oder beobachteter übergreifender Handlungen sind zu dokumentieren und dem Träger zur notwendigen Aufbewahrung bereitzustellen. Geeignete Vorlagen sollten im Verdachtsfall griffbereit sein (Anhang 8 des Schutzkonzepts)

Holt zeitnah Hilfe und Beratung ein

Übergriffe und sexualisierte Gewalt wirken nachhaltig in der Gruppe. Sie schaden nicht nur dem*der Betroffenen, sondern wirken auch in das Gruppengefüge und die benachbarten Systeme: Familie, Nachbarschaft, Gemeinde u.ä. Je professioneller im Verdachtsfall gehandelt wird, umso besser lässt sich der Vorfall für alle Beteiligten be- und verarbeiten.

Strafrechtlich relevante Handlungen/Missbrauch

Bereits bei einem vagen Verdacht von strafrechtlich relevanten Handlungen muss immer umgehend professionelle Unterstützung eingeholt werden: z.B. die „insoweit erfahrene Fachkraft“ des Jugendamts des Hochsauerlandkreises 0291 94 2822 oder Hilfetelefon sexueller Missbrauch (auch mehrsprachig): 0 800 22 55 530 oder Interventionsbeauftragter des Erzbistums Paderborn 05251 - 125 1701

A) Vorfälle im Bereich der Trägerverantwortlichkeit

Die Gefährdungssituation muss sofort unterbrochen und so der Schutz der betroffenen Person sowie all jener, die ggf. ebenso gefährdet sind, sichergestellt werden. Der Vorstand und die Präventionskraft müssen umgehend informiert werden. Eine Dokumentation ist auch hier notwendig.

Ansprechbar sind außerdem

- das Team der Offenen Tür im Kolpinghaus Medebach
- Ansprechpartnerin / Missbrauchsbeauftragte im Erzbistum Paderborn: Gabriela Joepen, Tel.: 0160 - 702 41 65
- Beratungsstelle BELLADONNA (Beratungsstelle für Frauen, Jugendliche und Kinder bei sexueller und häuslicher Gewalt): Tel: 0 52 51 /121 96 19

Empfehlung im Vorfeld mit der Beratungsstelle Kontakt aufnehmen und kurz erläutern was Kolping(jugend) ist und dass sich im Zuge des Schutzkonzeptes an sie gewendet werden würde.

B) Vorfälle außerhalb der Trägerverantwortlichkeit

Wird im Rahmen der Maßnahme ein Fall von (sexualisierter) Gewalt aus dem Umfeld einer*eines Teilnehmer*in aufgedeckt (bspw. im Kontext von Familie, Freundeskreis o.ä.), muss das weitere Vorgehen mit einer Insoweit erfahrenen Fachkraft geklärt werden (Kontakt über das Jugendamt).